

PRIGNITZ / BRANDENBURG

Gefährdet Gema die Kultur?

09. August 2009 | 19:04 Uhr | von Lars Reinhold

Ob Dorffest, Kabarett oder Open Air mit tausenden Besuchern: Wo immer Musik aufgeführt oder abgespielt wird, müssen Gebühren an die Gema abgeführt werden, um Musikurheber am Umsatz, der mit ihren Werken gemacht wird, zu beteiligen. Die Gebührenerhöhung zum 1. Januar hat in der Branche eine heftige Debatte ausgelöst. Gefährdet die Gema die Kultur?

Der Konflikt schwelt wahrscheinlich schon seit Gründung der Gema (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte). Die Veranstalter behaupten, die Gebühren seien zu hoch und gefährden die Kultur, die Gema entgegnet, die Künstler müssten angemessen an den Umsätzen mit ihren Werken beteiligt werden. So weit, so bekannt.

Die zu Jahresbeginn beschlossene Erhöhung der Tarife führte folgerichtig zu einem Aufschrei bei Veranstaltern, die der Gema einmal mehr Maßlosigkeit vorwerfen. Betroffen sind vor allem Konzerte zwischen 3 000 und 15 000 Besuchern, für die die Gema die Tarife von aktuell mindestens 1,87 Prozent stufenweise bis 2014 auf bis zu zehn Prozent des Bruttoumsatzes anheben will. "Es geht uns darum, den Missstand zu beseitigen, dass die Urheber der Werke mit viel zu geringen Summen abgespeist werden", sagt Gema-Sprecherin Bettina Müller. "Die stufenweise Anhebung hat einzig und allein das Ziel, unsere Tarife den im europäischen Ausland seit Jahren gängigen anzupassen."

Härtefallregelung möglich Doch was bedeuten die Gebühren für die Kultur im Lokalen, bei Dorffesten und Kleinkunst? "Sie sind bei der Kalkulation jeder Veranstaltung ein nicht zu unterschätzender Faktor", sagt Jochen Böse, Leiter des Kultur- und Festspielhauses Wittenberge. "Bei einem vollen Saal ist das nicht dramatisch, wenn aber mal weniger Leute kommen, schlägt die Tatsache, dass die Gebühren nach der Fläche des Saals und dem Eintrittspreis berechnet werden, auf das Endergebnis durch."

Für genau solche Beispiele gebe es die Härte fall-Nachlassregelung, entgegnet Müller. "Wenn jemand Verlust macht oder der Gewinn deutlich geringer ausfällt als erwartet, muss er uns das einfach melden. Dann werden auch die geringeren Gebühren fällig." Zudem seien von den neuen Tarifen nur größere Konzerte mit Unterhaltungsmusik betroffen. Bei Veranstaltungen, wie Dorffesten, bliebe alles beim Alten.

Aber auch kleinere Veranstalter kritisieren die Gebühren, egal, ob mit oder ohne Erhöhung. "Wenn wir mit der ‚Musikfabrik‘ auftreten, versuchen wir, wann immer möglich, nicht selbst Veranstalter zu sein", bestätigt Bandgitarrist Detlef Benecke aus Wittenberge. "In Zeiten, in denen sich jeder alle mögliche Musik aus dem Internet herunterladen kann, ist das System der Gema-Gebühren einfach nicht mehr zeitgemäß", moniert er - und liegt auf einer Wellenlänge mit dem Bundesverband der Veranstaltungswirtschaft (idkv): "Wenn man von 1,87 auf bis zu

zehn Prozent erhöht, dann entspricht das faktisch einer Steigerung auf mehr als 600 Prozent. Und da die Gema plant, den gesamten Bruttoumsatz, inklusive Werbe- und Sponsoringeinnahmen, als Bemessungsgrundlage einzuführen, ist diese Schätzung noch vorsichtig", so idkv-Präsident Jens Michow. Wie verhärtet die Fronten sind, zeigt die hitzige Diskussion in den Medien, wo Gema und idkv mit unterschiedlichen Rechenbeispielen ihre Standpunkte verteidigen. Sogar ein Petitionsaufruf wurde beim Bundestag eingereicht, der sich aber mit dem Handeln der Gema im Allgemeinen und nicht mit der Tariferhöhung beschäftigt.

Geld darf nicht versickernUnter den Musikern gibt es allerdings auch andere Meinungen. "Die Gema-Gebühren grundsätzlich zu verteufeln, halte ich für falsch", sagt Matthias Lasowski vom Wittenberger Tonstudio KGD Musix. "Von irgendwas müssen die Autoren, mit deren Texten und Musik eine Menge Geld verdient wird, ja leben. Wenn deren Bezüge durch die Erhöhung wirklich steigen und das Geld nicht in der Institution Gema versickert, dann ist das akzeptabel."